

# **GEW: „Mehr Geld und Leseprogramme für Grundschulen“**

geschrieben von Redakteur | Mai 23, 2023



## **Bildungsgewerkschaft zur IGLU-Studie**

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat mit Blick auf die ernüchternden Ergebnisse der IGLU-Studie angemahnt, deutlich mehr Geld in die Grundschulen und gezielte Leseförderprogramme zu investieren. Zudem seien die Ganztagsangebote auszubauen.

„Es ist alarmierend, wenn die Grundschule ihrem Anspruch, eine Schule für alle Kinder zu sein und Bildungsungerechtigkeiten abzubauen, immer weniger gerecht werden kann“, sagte Anja Bensinger-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied Schule.

## **Politik hat versäumt, insbesondere Kinder aus armen Haushalten zu**

# **unterstützen**

Im Durchschnitt der Europäischen Union (EU) investiere Deutschland besonders wenig Mittel in die Leseförderung. Die Folge: Die Lesemotivation der Kinder sinke, damit würden die Leseleistungen immer schlechter.

„Wir brauchen dringend ausreichend mehr gut aus- und fortgebildete Lehrkräfte, die auf das Lehren unter schwierigen sozialen Bedingungen vorbereitet sind und mit heterogenen Lerngruppen arbeiten können. Konzepte der Leseförderung müssen einen festen Platz in der Ausbildung der Lehrkräfte bekommen“, unterstrich Bensinger-Stolze.

## **Leseförderprogramme                    müssten besonders    auf    benachteiligte Schülerinnen                    und                    Schüler zugeschnitten sein**

Zudem seien gut ausgestattete Schulbibliotheken und eine bessere Beratung der Eltern notwendig. Um mehr Lehrkräfte zu gewinnen, habe die GEW ein „15 Punkte-Programm gegen den Lehrkräftemangel“ vorgelegt.

„Die Befunde zu den Leistungen der Kinder und der sozialen Schere an den Grundschulen sind skandalös“, stellte Anja Bensinger-Stolze fest. „Jetzt rächt sich, dass der Primarbereich in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurde: Der immer größer werdende Lehrkräftemangel, die in einigen Bundesländern immer noch schlechtere Bezahlung an den Grundschulen im Vergleich zu anderen Schulformen, große Klassen, fehlende Unterstützungssysteme, eine unzureichende Ausbildung – so wird verhindert, dass die notwendigen Grundlagen für eine erfolgreiche Bildungsentwicklung und gute Lebenschancen der Kinder gelegt werden.“

# **Grundschulen brauchen jetzt Unterstützung, um soziale Ungleichheit abzubauen**

Flankiert von Schulsozialarbeit und Schulpsychologischem Dienst. Sie brauchen dringend mehr gut ausgebildete und gut bezahlte Pädagoginnen und Pädagogen. In diesem Zusammenhang machte Bensinger-Stolze deutlich, dass es verantwortungslos sei, dass das „Startchancenprogramm“ für benachteiligte Schulen der Bundesregierung immer noch nicht in trockenen Tüchern sei. „Das Programm, das bereits auf das Schuljahr 2024/25 verschoben worden ist, steht immer noch unter Haushaltsvorbehalt. Dieser muss unbedingt ausgeräumt werden. Außerdem muss die geplante Summe von einer Milliarde Euro deutlich aufgestockt werden. Bund und Länder müssen sich endlich zusammenraufen. Die Zukunftschancen der Kinder dürfen nicht im Parteiengezänk zerrieben werden“, unterstrich die GEW-Schulexpertin.

Zudem müssten die Gelder nach Sozialindex verteilt werden. Der bisher zur Mittelverteilung genutzte „Königsteiner Schlüssel“ sei ungeeignet, weil er die Länder nach dem Matthäus-Prinzip bediene: Wer hat, dem wird gegeben. Auch müsse das Programm über eine Laufzeit von zehn Jahren hinaus verstetigt werden, wenn die Bundesregierung das „Jahrzehnt der Bildungschancen“, das sie ausgerufen hat, einlösen wolle.

„Das Bildungssystem in Deutschland ist seit Jahrzehnten dramatisch unterfinanziert. In allen Bildungsbereichen, insbesondere in Kitas und den Schulen, herrscht ein riesiger Fachkräftemangel“, sagte Bensinger-Stolze. Eine bessere Unterstützung der Grundschulen und Schulen in sozial schwierigen Lagen sei nur mit höheren staatlichen Bildungsausgaben zu erreichen. „Deshalb schlägt die GEW ein 100 Milliarden-Euro-Programm für Investitionen in die Bildung vor. Dieses soll über ein Sondervermögen finanziert werden“,

hob Bensinger-Stolze hervor.

Quelle: Pressemitteilung GEW